

Prof. Dr. Rolf Dobischat
Präsident des Deutschen Studentenwerks

„Schuldenfalle Studium?“

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Donnerstag, 18. Januar 2007, 17.00 Uhr

Vielen Dank für die freundliche Einladung zu dieser Veranstaltung. Um es gleich vorweg zu sagen, über das Thema freue ich mich ganz und gar nicht, denn noch vor wenigen Jahren wäre ein Vortrag des Präsidenten des Deutschen Studentenwerks zum Thema „Schuldenfalle Studium?“ auf blankes Unverständnis gestoßen. Studium und Schulden, das waren in Deutschland zwei Begriffe, die man nicht unmittelbar in einen Zusammenhang brachte.

Leider ist das ist heute anders.

Spätestens seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Studiengebühren im Januar 2005 ist das gesamte System der Studienfinanzierung in Deutschland in Bewegung geraten.

Sieben Bundesländer führen Studiengebühren von – ich betone: noch! – 500 Euro im Semester ein. Betroffen sind rund 1,4 der rund zwei Millionen Studierenden in Deutschland. Niedersachsen bildet zusammen mit Nordrhein-Westfalen die Speerspitze der Studiengebühren-Avantgarde. Ein wenig rühmlicher Titel, wie ich finde.

Wie Sie in Ihrer Einladung richtig schreiben, haben die Banken die Studierenden entdeckt, und wir konnten in den vergangenen zwei Jahren einen Boom neuer Studienkredit-Angebote erleben. Sie haben sicher vor wenigen Tagen die Meldung zur Kenntnis genommen: 20.000 Studierende haben inzwischen einen Studienkredit der Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW in Anspruch genommen haben. 490 Euro beträgt der durchschnittliche monatliche Darlehensbetrag.

Ich werde diese Fakten später noch bewerten und kommentieren. Vorläufig bilden sie einfach nur die Ausgangslage für meine Ausführungen, mit denen ich Antworten auf zwei mir gestellte Fragen geben werde:

- Welche Auswirkungen haben Studiengebühren auf die Chancengleichheit?

- Kann sich ein kreditfinanziertes Studium als spätere Schuldenfalle erweisen?

Zuerst möchte ich Ihnen gerne die wichtigsten Zahlen zur aktuellen Studienfinanzierung nennen, damit Sie einen Bezug zwischen den 500 Euro Studiengebühren und den 490 Euro KfW-Studienkredit herstellen können.

Welches System der Studienfinanzierung haben wir heute?

Die Zahlen und Fakten, die ich Ihnen präsentiere, stammen aus der 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks. Ich empfehle Sie Ihnen allen wärmstens zur Lektüre. Unsere Sozialerhebung ist eine einzigartige Langzeituntersuchung zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Studierenden, und sie ist die beste Quelle für belastbare Aussagen zur Studienfinanzierung. Die Zahlen stammen zwar aus dem Jahr 2003, sind aber absolut valide.

Wir führen die Sozialerhebung, finanziert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, in Zusammenarbeit mit der hier in Hannover ansässigen Hochschul-Informationssystem GmbH alle drei Jahre durch. Die nächste Auflage unserer Sozialerhebung werden wir im Sommer dieses Jahres vorstellen können.

In den vergangenen Monaten war, gerade in den Debatten zum Hochschulpakt, immer von den institutionellen, öffentlichen Kosten eines Studiums oder eines Studienplatzes die Rede. Dabei wurde immer übersehen, dass ein Studium auch individuelle, persönliche Kosten verursacht.

Gemäß unserer Sozialerhebung betragen die Lebenshaltungskosten im Bundesdurchschnitt etwa 700 Euro im Monat – wohlgemerkt: dies ohne die Kosten für die Studiengebühren! Wenn Sie diese monatlichen Kosten mit der durchschnittlichen Studiendauer von noch immer sechs Jahren bzw. zwölf Semestern multiplizieren, kommen Sie auf einen Betrag von etwas über 50.000 Euro.

Wie bringen die Studierenden diese Kosten auf?

Nun, die Studienfinanzierung ist eine klassische Mischfinanzierung. Ihre drei Hauptquellen sind: Unterstützung durch die Eltern, Jobben und die Leistungen aus dem BAföG.

89% der rund zwei Millionen Studierenden werden finanziell von ihren Eltern unterstützt, im Schnitt mit 435 Euro im Monat. 1991 machten die finanziellen Zuwendungen der Eltern noch knapp 45% der Einnahmen der Studierenden aus. 2003 ist dieser Anteil auf über 50% angewachsen. Dieser Aspekt kann nicht oft genug betont werden: Jede Veränderung im aktuellen System der Studienfinanzierung wie z.B. durch die Studiengebühren trifft zu einem großen Teil die Eltern, denn sie müssen durch zusätzliche Mittelbereitstellung die steigenden Studienkosten ihrer Kinder kompensieren helfen. Selbstverständlich variiert der elterliche Anteil an der Studienfinanzierung stark in Abhängigkeit von der Schichtzugehörigkeit. Dieser Befund wird Sie nicht überraschen. In einkommensstarken, bildungsnahen Haushalten ist er naturgemäß höher als in einkommensschwächeren. Ein kurzer Blick auf die reale Lohn- und Einkommensentwicklung der unteren Einkommensschichten in den letzten Jahren zeigt aber sehr schnell, dass hierfür kaum noch finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen, so dass eine Kompensation nicht mehr stattfinden kann.

Ein Viertel der Studierenden, nach den jüngsten Zahlen exakt 507.000, erhält BAföG. Der durchschnittliche Förderungsbetrag im Monat beträgt 375 Euro, der BAföG-Höchstsatz 585 Euro.

Sie wissen, das BAföG wird zur einen Hälfte als Zuschuss gewährt, zur anderen Hälfte als zinsloses Darlehen, das auf höchstens 10.000 Euro gedeckelt ist. Anders als bei einem Studienkredit wissen BAföG-Empfänger ganz genau, dass sie allerhöchstens diese Summe zurückzahlen müssen – zumindest dann, wenn sie nicht auch noch einen Studiengebühren-Kredit aufnehmen müssen. Darauf werde ich noch eingehen.

In diesen Tagen wird immer wieder bemängelt, wir hätten zu wenig Studierende in naturwissenschaftlich-technischen Studiengängen. In der Tat kommen gerade Studierende in diesen Studienfächern überproportional häufig aus einkommensschwächeren Elternhäusern, sind also die potentiellen BAföG-Empfänger.

Eine wichtige Zahl zum BAföG will ich Ihnen außerdem nennen: 70% der BAföG-geförderten Studierenden geben an, ohne das BAföG nicht studieren zu können. Ich

betone das deswegen, weil ich Sie auf den grundsätzlichen Unterschied zwischen dem BAföG und Studienkrediten hinweisen will.

Meine Damen und Herren, das BAföG ist eine Investition in die Zukunft dieses Landes. Das BAföG ist eine von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragene Investition in Bildung; ein Studienkredit ist ein Kredit, Punkt.

Studienkredite werden nie das BAföG ersetzen können, weil sie ein anderen Logik, nämlich der Logik des Marktes, verpflichtet sind. Studienkredite mögen in gewissen Studienphasen eine sinnvolle Ergänzung sein – sie werden aber nie jene segensreiche gesellschaftliche Wirkung entfalten können wie das BAföG. Zur Erinnerung noch einmal die Vergleichszahlen: Seit seiner Einführung 1971 haben dank BAföG fast vier Millionen junge Menschen aus einkommensschwächeren Familien studieren können. Das ist eine Erfolgsgeschichte, auf die wir stolz sein können!

Man kann es in diesen Zeiten, wo von „Leuchttürmen“, „Elite“, „Spitze“ die Rede ist, nicht oft genug betonen: Ohne eine starke Breitenförderung keine Spitze, keine Begabtenförderung ohne eine Massenförderung!

Meine Damen und Herren, Studienfinanzierung ist kein marginales Thema. Es ist vielmehr der neuralgische Punkt für viele junge Menschen, für viele Familien. Es ist der Punkt, der darüber entscheidet, ob jemand ein Hochschulstudium aufnimmt oder nicht. Bei der ganz individuellen Kosten-Nutzen-Abschätzung, ob sich ein Studium im wahrsten Sinne „lohnt“ oder nicht, spielt das System der Studienfinanzierung die entscheidende Rolle – und nicht eine fiktiv zu erwartende Bildungsrendite oder das spätere Einkommen. Ein starkes BAföG ist das beste Argument, um tatsächlich 40% eines Jahrgangs für ein Studium zu begeistern. Die Tendenz der Erstsemester-Zahlen geht ja leider in die andere Richtung, auch in Niedersachsen.

Meine Damen und Herren, das Deutsche Studentenwerk setzt sich massiv dafür, dass das BAföG nun endlich verbessert wird. Sie wissen, seit der BAföG-Reform 2001 wurde das BAföG nicht mehr an die Preis- und Einkommensentwicklung angepasst – obgleich die Bundesregierung selbst in ihren regelmäßigen BAföG-Berichten eingesteht, wie reformbedürftig das BAföG sei. Nach unseren

Berechnungen müssten die Bedarfssätze und Elternfreibeträge um 8 bis 10 % angehoben werden, um an die Preis- und Einkommensentwicklung anzuknüpfen.

Aber es passiert nichts, und wir beobachten mit großer Sorge, wie stiefmütterlich die Bundesregierung das BAföG behandelt und es ist der Befürchtung des Juso-Vorsitzenden Böhning zuzustimmen, wenn er von einem „stillen Ausbluten dieser Studienförderung“ spricht.

Ein Wort noch zur dritten Säule der Studienfinanzierung, dem Jobben. Laut unserer Sozialerhebung jobben 68% der Studierenden neben dem Studium; ein Drittel gibt an, ohne den Nebenjob sich das Studium nicht leisten zu können. Die neuen Bachelor- und Master-Studiengänge bringen eine zeitliche Verdichtung des Studiums mit sich, und man kann mit einiger Sicherheit sagen, dass die Zeit für das Jobben knapper wird, also auch die Einkünfte bei dieser Art der Finanzierung sinken werden. Gerade einmal 2 Prozent der Studierenden beanspruchen derzeit einen Kredit, um ihr Studium zu finanzieren. Ebenfalls 2 Prozent geben an, ein Stipendium zu erhalten. Man muss angesichts dieses erbärmlich kleinen Prozentwertes in aller Klarheit festhalten: Von einem wirklich ausgebauten Stipendiensystem, wie es gerade die Befürworter von Studiengebühren ins Feld geführt haben, sind wir in Deutschland meilenweit entfernt! Auch aus den vollmundigen Ankündigungen der Industrie folgten bisher keine Taten.

Meine Damen und Herren, ich habe jetzt lange über die aktuelle Situation der Studienfinanzierung in Deutschland gesprochen und noch nicht auf Ihre Frage detailliert geantwortet. Mir lag aber daran, Ihnen die wichtigsten Eckdaten zu nennen, bevor ich das Problemfeld Studiengebühren und Studienkrediten thematisiere. Welche Auswirkungen haben Studiengebühren auf die Chancengleichheit?

Meine Damen und Herren, das deutsche Hochschulsystem ist hochgradig selektiv. Die Ressource Hochschulbildung ist in der deutschen Gesellschaft höchst ungleich verteilt. Der gleichberechtigte Zugang zum Studium, unabhängig von der familiären Bildungstradition und vom Geldbeutel, ist ein noch immer unerreichtes Ziel.

Der Skandal ist bekannt: In keinem anderen europäischen Land ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungsweg so ausgeprägt wie in Deutschland. Unsere Sozialerhebung belegt dies für die Hochschulbildung sehr

deutlich. Wir haben dazu so genannte „soziale Herkunftsgruppen“ gebildet, ein soziologisches Konstrukt aus „Bildungsnähe“ und wirtschaftlicher Lage der Elternhäuser. Zur Herkunftsgruppe „hoch“ rechnet man beispielsweise leitende Angestellte, Lehrer oder Unternehmer (mit Hochschulabschluss); mit „niedrig“ sind Facharbeiter oder Verkäufer (ohne Hochschulabschluss) bezeichnet.

Der ernüchternde Befund:

- Von 100 Kindern aus der Herkunftsgruppe „hoch“ – also aus bildungsnahen, einkommensstarken Haushalten – gehen 85 aufs Gymnasium, und 81 von ihnen studieren.
- Von 100 Kindern aus der Herkunftsgruppe „niedrig“ – also bildungsferne, einkommensschwächere Familien – gehen 36 aufs Gymnasium, und lediglich 11 von ihnen schaffen den Sprung an die Hochschulen.

Unsere Befürchtung ist, dass Studiengebühren diese ohnehin ausgeprägte soziale Selektion weiter verschärfen werden. Wir befürchten, dass gerade Studierwillige aus einkommensschwächeren, bildungsfernen Familien abgeschreckt werden.

Ich weiß nicht, ob die erneut gesunkenen Erstsemester-Zahlen, auch in Niedersachsen, schon ein Beleg für diese These sind. Man muss sicher auch die vielen fast flächendeckenden Zugangsbeschränkungen in Rechnung stellen.

Aber ich sage ganz klar: Studiengebühren sind Gift für die Chancengleichheit an unseren Hochschulen. Sie verteuern das Studium, und sie belasten vor allem auch die unterhaltsverpflichteten Eltern. 500 Euro im Semester hört sich vielleicht nicht nach besonders viel an. Aber die 83 zusätzlichen Euro im Monat treffen vor allem jene 27% der Studierenden, die mit weniger als 600 Euro monatlich auskommen müssen und es klingt zynisch, pauschalierend und stigmatisierend, wenn in den Medien der Vorschlag formuliert wird, die einkommensschwächere Studierenden sollten doch ihre Handys abmelden, um ihr verfügbares Einkommen zu erhöhen.

Studiengebühren sind auch ökonomisch widersinnig. Sie erschweren den Zugang zu höherer Bildung; das ist das Gegenteil dessen, was Deutschland braucht. Um unsere Innovationskraft zu stärken und einem Fachkräftemangel in der Wirtschaft entgegen

zu wirken, müssen wir mehr junge Menschen gerade aus bildungsfernen Schichten für ein Hochschulstudium mobilisieren. Das schafft man nicht mit Studiengebühren.

Jene Bundesländer, die Studiengebühren einführen, bieten den Studierenden Darlehen der jeweiligen Landesbanken an, so auch Niedersachsen. Diese Kredite müssen erst nach dem Studium und einkommensabhängig zurückgezahlt werden. Dies sei, so wird gerne argumentiert, sozialverträglich. Dieses Argument überzeugt mich überhaupt nicht.

Das Institut für Bankwesen der Humboldt-Universität Berlin hat im Auftrag des „Tagesspiegels“ vorgerechnet:

Wer es sich leisten kann, die Studiengebühren sofort zu entrichten, zahlt für ein 10-semesteriges Studium 5.000 Euro - cash. Wer hingegen den Studiengebührenkredit seiner Landesbank aufnimmt, zahlt insgesamt mit Zins und Zinseszins 10.700 Euro für die Studiengebühren, also mehr als das Doppelte. Und das soll sozialverträglich sein?

Wer BAföG erhält, soll je nach Bundesland für BAföG plus Studiengebührenkredit 10.000, 15.000 oder 17.000 Euro zurückzahlen. In Niedersachsen sind es bekanntlich 15.000 Euro.

Ich kann nur sagen: Ade, schöne BAföG-Darlehnsdeckelung. Ade, parteiübergreifender Konsens von einer vertretbaren Darlehenshöhe zum Studienabschluss.

Jetzt zahlt also ein solventer Sofortzahler 5.000 Euro; jemand, der kein BAföG erhält und den Kredit beansprucht 10.700 Euro, und der BAföG-Empfänger bezahlt bis 17.000 Euro zurück, und alles unter dem Deckmantel der Sozialverträglichkeit. Am Ende stehen wenig finanzkräftige Studierende mit Schulden da. Wer die Studiengebühren leichter bezahlen kann, ist schuldenfrei.

Ob Studiengebühren zu einer weiteren Verschiebung in der Sozialstruktur der Studierenden und zu noch mehr sozialer Selektion führen werden, wissen wir verlässlich vielleicht erst im Jahre 2010. Vielleicht ist das Kind dann schon in den Brunnen gefallen und wir stellen entsetzt fest, dass es so war.

Die Warnungen des Deutschen Studentenwerks wurden gerne mal als Cassandra-Rufe abgetan. Dumm nur, dass Cassandra immer Recht behielt.

Bei Befragungen haben Studierende, die einen Studiengebührenkredit aufnehmen könnten, oft geantwortet, sich die Studiengebühren eher durch mehr Jobben finanzieren zu wollen. Jetzt werden sie also noch mehr jobben, mehr Zeit dort investieren, statt in ein schnelles Studium. Ob sich das rechnet? Für die Studierenden und für den Staat, die Hochschulen und die Gesellschaft? Ich bin skeptisch. Österreich zum Beispiel ging einen anderen Weg: Alle Empfänger der staatlichen Studienbeihilfen erhalten diese Förderung als Stipendium und die Studiengebühren in vollem Umfang ebenfalls als Stipendium. Internationale Studierende aus ärmeren Ländern müssen in Österreich keine Studiengebühren zahlen, was sich entwicklungs- und wirtschaftspolitisch auszahlen wird.

Deutschland hingegen leistet sich in Zeiten, in denen ein einheitlicher Europäischer Hochschulraum mit 45 Staaten entstehen soll, einen föderalen Flickenteppich unterschiedlichster Studiengebühren-Modelle. In Nordrhein-Westfalen und Bayern, wo die einzelnen Hochschulen bis hinunter zur Ebene der einzelnen Studienfächer über die Höhe der Gebühren entscheiden können, gibt es inzwischen differenzierte Tabellen!

Die zweite Frage, die Sie mir stellten:

Kann sich ein kreditfinanziertes Studium als spätere Schuldenfalle erweisen?

Meine Antwort: ja.

Nehmen Sie noch einmal die 20.000 KfW-Studienkredite. In ihrer Antwort auf eine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen rechnet die Bundesregierung vor: Bei einem monatlichen Darlehensbetrag von 490 Euro mit 14 Semestern Auszahlungsphase beläuft sich die Rückzahlungssumme ohne Zinsaufschub bei 18 Monaten Karenzzeit und einer Rückzahlungsphase von 25 Jahren auf rund 92.000 Euro.

92.000 Euro Schulden – und das ausgerechnet in einer Lebensphase, in der sich die zukünftigen Absolventen beruflich etablieren müssen, in der sie eine Existenz und vielleicht auch eine Familie gründen wollen. Eine schwere Hypothek, finde ich, zumal

die Kosten für die notwendige berufliche Weiterbildung und das Lebenslange Lernen ebenfalls zunehmend privatisiert werden.

Und Sie müssen bedenken, dass der KfW-Studienkredit im Vergleich mit den Angeboten nichtstaatlicher Banken moderate Konditionen hat – deshalb haben sich auch viele Studentenwerke entschieden, den KfW-Kredit anzubieten.

Studienkredite kommerzieller Anbieter können leicht sechsstellige Summen annehmen, und dann sind wir nicht mehr weit von amerikanischen Verhältnissen entfernt.

Oder Sie setzen die 92.000 Euro Schulden in Relation zu den Einstiegsgehältern von Akademikern, wie sie erst kürzlich der „Spiegel“ errechnet hat: über 3.000 Euro für Wirtschaftsingenieure, aber gerade mal 1.700 Euro für Historiker. Für den Wirtschaftsingenieur entspricht dies 30 und für den Historiker sogar 54 Monatseinkommen.

Meine Damen und Herren, wie verhindern wir, dass Studierende in die Schuldenfalle tappen? Die Antwort der Studentenwerke ist klar: Beratung, Beratung, Beratung.

Wie Sie angesichts der Umbrüche bei der Studienfinanzierung denken können, ist das Informations- und Beratungs-Bedürfnis der Studierenden enorm. Entsprechend bauen die Studentenwerke ihre Kernkompetenz Studienfinanzierungs-Beratung aus; einige wie etwa das Studierendenwerk Hamburg oder das Studentenwerk München haben zusätzlich zu ihren bestehenden BAföG-Beratungsstellen neue Beratungsstellen für Studienfinanzierung geschaffen. Das Studentenwerk Hannover bietet am 25. Januar eine große Informationsveranstaltung zum Thema Studienkredit an.

Besser als bei den Studentenwerken sind die Studierenden in Finanzierungsfragen nirgends aufgehoben – dies ist meine Botschaft. Die Studentenwerke beraten neutral, umfassend und einheitlich, und zwar zu allen Möglichkeiten einer individuellen Studienfinanzierung. Und wir tun dies in Wahrnehmung unseres sozialen Auftrags zum Wohle der Studierenden!

Das zeigt sich deutlich beim KfW-Studienkredit, den inzwischen 43 der 59 Studentenwerke anbieten. Unser Interesse ist es gerade nicht, möglichst viele dieser Kredite an den Mann oder die Frau zu bringen oder möglichst hohe monatliche

Raten zu verkaufen. Wir haben kein Interesse, dass die Studierenden mit 92.000 Euro Schulden dastehen.

Im Gegenteil: Erste Erfahrungsberichte aus den Studentenwerken weisen in eine ganz andere Richtung. Wir konnten Studierende, die am KfW-Studienkredit interessiert waren, aufklären, dass sie als erstes prüfen sollten, ob sie nicht BAföG erhalten könnten! Es gingen also Studierende, die einen Studienkredit aufnehmen wollten, mit einem ausgefüllten BAföG-Antrag beim Studentenwerk wieder hinaus. Das ist unser Verständnis einer umfassenden Studienfinanzierungs-Beratung für die Studierenden!

Und vergessen Sie nicht, meine Damen und Herren, eine solche frühzeitige und umfassende Studienfinanzierungsberatung hat auch Präventionscharakter: Wir können so verhindern, dass Studierende zu schnell nach einem Studienkredit greifen und am Ende ihres Studiums womöglich vor einem Schuldenberg stehen. Denn eines ist klar: Die Studentenwerke machen Studienfinanzierungs-Beratung, keine Schuldnerberatung!

Nun hoffe ich sehr, Ihre Fragen nicht restlos beantwortet zu haben, denn sonst bliebe uns ja gar nichts mehr zu diskutieren, und das wäre schade!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.